

Antrag der Fraktionen Bü 90/Grüne, CDU und Volt vom 6. Juli 2023 betr. Prüfung Neuausrichtung Sozialticket: 50 Prozent-Förderung für Kinder und Jugendliche auf den Hessenpass mobil



Darmstadt 06.07.2023

A N T R A G

Auf Prüfung Neuausrichtung Sozialticket: 50 Prozent-Förderung für Kinder und Jugendliche auf den Hessenpass mobil

Wir beauftragen den Magistrat, die Neuaufstellung des Sozialtickets zu prüfen, weil sich die Rahmenbedingungen mit der landesweiten Förderung des Hessenpass mobil geändert haben. Ziel soll sein, dass alle Kinder und Jugendlichen im Leistungsbezug SGB II, XII, AsylBIG eine 50-prozentige Bezuschussung des Hessenpass mobil erhalten, solange das zur Verfügung stehende Budget dies zulässt.

Begründung:

Aktuell gibt es für anspruchsberechtigte Bürgerinnen und Bürger der Wissenschaftsstadt Darmstadt gem. Magistratsbeschluss vom 10.11.2021 (Beschluss Nr. 381) das Sozialticket für den ÖPNV mit Vergünstigungen auf verschiedene Ticketvarianten als freiwillige Leistung der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren sowie Senior*innen ab 65 Jahren stand das hessenweite Schüler*innen-Ticket bzw. das Senior*innen-Ticket für 31 Euro zur Verfügung.

Zusätzlich zum Deutschlandticket (seit 01.05.2023), führt Hessen zum 01.08.2023 den Hessenpass mobil ein. Dieser ermöglicht dem Personenkreis der SGB II, SGB XII, AsylBLG, und WoGG-Bezieher*Innen das Deutschlandticket ermäßigt für 31 Euro im Monat zu erwerben und stellt damit eine Bezuschussung des Deutschlandtickets dar.

Auch wenn die Kosten von 31 Euro monatlich für den Hessenpass mobil im Rahmen der in den Regelsätzen veranschlagten Bestandteil für Verkehr liegen, sehen wir die dringende Notwendigkeit, Familien im Leistungsbezug bei den Fahrkarten für ihre Kinder zu unterstützen. Gerade Familien mit mehreren Kindern sind nicht in der Lage, monatlich 31 Euro pro Kind für Mobilität zu investieren.

Daher soll das Sozialticket in seiner jetzigen Form weiterentwickelt werden. An seine Stelle tritt eine Vergünstigung für Kinder und Jugendliche im Alter von 6 bis 17 Jahren von 50 Prozent, deren Eltern im Leistungsbezug SGB II, SGBXII und AsylBLG sind. Das Ticket kostet für diese Kinder und Jugendliche dann noch 15,50 Euro im Monat und ermöglicht ihnen gleiche Teilhabe mit einem Ticket, das dann auch bundesweit im Nahverkehr gültig ist.

Diese Regelung soll am 1. Januar 2024 in Kraft treten. Die Umwidmung des Sozialtickets soll innerhalb des Jahresbudgets in Höhe von 400.000 Euro erfolgen. Mit Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung sollen bis zum offiziellen Inkrafttreten für das vierte Quartal bereits persönliche Anträge zur Bezuschussung gestellt werden können.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Malena Todt
Andreas Ewald
(Fraktionsvorsitzende)
Eva Bredow-Cordier
(Stadtverordnete)

Roland Desch
(Fraktionsvorsitzender)
Dr. Annette Brunert
(Stadtverordnete)

Ana Lena Herrling
Nicolas Kämmerer
(Fraktionsvorsitzende)